

Tagesordnung II Punkt 49 der öffentlichen Sitzung am 12.02.2004

Vorlage Nr. 04-F-24-0001

Bestätigung des gemeinsamen Beschlusses des Ältestenausschusses und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 21.01.2004 zum geplanten Teilabzug des BKA

Beschluss Nr. 0050

- Die Stadtverordnetenversammlung bestätigt den nachfolgend unter Punkt 1. aufgeführten Beschluss des Ältestenausschusses und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 21.01.2004,
- nimmt den Beschluss des Magistrats Nr. 0069 vom 20.01.2004 einschließlich der Resolution des Magistrates der Landeshauptstadt Wiesbaden gegen die Umsiedlungsabsichten des Bundeskriminalamtes zur Kenntnis und
- nimmt des weiteren zur Kenntnis, dass seitens der Ausschüsse eine Vertretung der Stadtverordnetenversammlung durch die Stadtverordnetenvorsteherin in dem Aktionsbündnis für wünschenswert erachtet wird und der Oberbürgermeister der Bitte nachkommen will.

1.

Der Ältestenausschuss und der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung lehnen den Plan von Bundesinnenminister Otto Schily ab, sämtliche operativen und ermittlungsunterstützenden Organisationseinheiten des Bundeskriminalamtes, die bisher unter anderem in Wiesbaden ansässig waren, in Berlin zu konzentrieren.

Der Ältestenausschuss und der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung verurteilen es als untragbar, dass eine solch weitreichende Entscheidung wie der Teilabzug des BKA ohne vorherige inhaltliche Abstimmung mit den politischen Entscheidungsträgern der Landeshauptstadt Wiesbaden getroffen und über die Presse publik gemacht wird.

Der Magistrat wird gebeten, weiterhin alles in seiner Macht stehende zu tun, um sich für den Erhalt des BKA in Wiesbaden einzusetzen.

Insbesondere wird der Magistrat gebeten, zusammen mit Vertretern des Gesamtpersonalrates, des Personalrates Wiesbaden des BKA sowie der Gewerkschaft der Polizei die Interessen der BKA-Mitarbeiter zu vertreten.

Der Magistrat wird gebeten, zusammen mit der Hessischen Landesregierung und den Landtagsabgeordneten aus Wiesbaden und den umliegenden Kreisen zu verhindern, dass der Föderalismus durch die geplante Konzentration des BKA in Berlin weiter geschwächt wird.

Die Bundestagsabgeordneten aus Wiesbaden und den umliegenden Kreisen werden gebeten, sich dafür einzusetzen, dass sich der Deutsche Bundestag kritisch mit den Konsequenzen einer BKA-

Verlagerung auseinandersetzt.

Die Wiesbadener Bundestagsabgeordnete Frau Bundesministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul wird gebeten, die Umzugspläne im Bundeskabinett weiterhin kritisch zu hinterfragen und auf eine Korrektur der Entscheidung des Bundesinnenministers hinzuwirken.

(antragsgemäß)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden,
im Auftrag

. 02.2004

Bohlmann

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden,
im Auftrag

.02.2004

1. Dezernat I
2. Stabsstelle BKA
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Jeske-Lipps